«Die Grossbanken sind eine Gefahr für das Land geworden»

Dick Marty war der bekannteste Staatsanwalt der Schweiz. Im Tessin hat er jahrelang gegen die Geldwäscherei und die Mafia gekämpft. Heute ist er freisinniger Politiker im Ständerat. Im endlosen Streit um das Bankgeheimnis sieht er Parallelen zur Geldwäscherei

Interview Philipp Löpfe

Dick Marty, Sie haben an vorderster Front gegen Geldwäscherei und gegen Folter gekämpft. Das erwartet man eigentlich eher von linken Politikern.

Das ist ein Vorurteil! Ein Freisinniger ist grundsätzlich ein progressiv und humanistisch denkender Mensch.

Aber er ist auch ein Egoist, der den Staat nicht mag.

Wieder falsch. Ich bin für einen starken Staat. Das mag altmodisch klingen, war aber lange typisch für den Freisinn. Das, was man heute neoliberal nennt, ist erst in letzter Zeit entstanden

Was heisst für Sie ein starker Staat?

Er sollte nicht als Unternehmer auftreten, aber er muss für klare Rahmenbedingungen sorgen und diese auch durchsetzen. Die Selbstregulierung der Märkte funktioniert nicht, das haben die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen.

Sie spielen auf die Finanzkrise und das Verhalten der Banken an.

Nicht alle Banken dürfen in den gleichen Topf geworfen werden. Die Grossbanken einerseits und die Kantonalbanken, Raiffeisenkassen oder die Migros-Bank – in deren Verwaltungsrat ich sitze – anderseits kann man nicht miteinander vergleichen. Die Entwicklung der Grossbanken allerdings ist verheerend. Sie sind so mächtig geworden, dass sie zu einer Gefahr für das Land geworden sind.

Grossbanken gibt es in der Schweiz schon seit Jahrzehnten.

Ja, aber die Manager, die diese Banken führen, haben sich verändert. Inwiefern? Früher waren

die Chefs der Grossbanken Patrons und Patrioten, sie waren Humanisten und verstanden etwas von ihrem Fach. Diesen Männern haben wir viel zu verdanken.

Wie würden Sie die Chefs der Grossbanken charakterisieren?

Leute, die sich kaum für Kultur interessieren, den Staat hassen und nur eine Religion kennen: das Geld. Ich habe vor 20 und 30 Jahren Banker der SBG/UBS und des damaligen Bankvereins gekannt. Niemals hätten die gewagt, was Ospel & Co. gemacht haben.

Sie meinen das Vorgehen der UBS in den USA?

Ja, das war nicht nur dumm, das war kriminell dumm. Jeder Banklehrling sollte heute wissen, dass mit der amerikanischen Steuerbehörde nicht zu spassen ist. Diesen Fehler hat schon der legendäre Mafiaboss Al Capone gemacht und ist dafür elf Jahre ins Zuchthaus gewandert.

Die ehemaligen UBS-Manager sagen, sie hätten nicht gewusst, was ihre Banker in den USA getrieben haben. Glauben Sie ihnen?

Sie hätten es auf jeden Fall wissen müssen, genauso wie sie die Risiken auf dem US-Immobilienmarkt nicht hätten eingehen dürfen. Man darf niemals so viel Geld auf eine einzige Karte setzen.

Jetzt geht es darum, dass man die Banken wieder in den Griff bekommt. Wie soll das geschehen?

Um internationale Banken zu kontrollieren, braucht es internationale Regeln. Die Entwicklung geht zum Glück in 9/52

diese Richtung, denn eine solche Krise kann man sich schliesslich nicht alle zehn Jahre leisten.

Gerade innerhalb der FDP wird heftig darüber gestritten, ob wir eine Weissgeldstrategie brauchen. Wie sehen Sie das?

Ich bin der Meinung, man sollte aufhören zu behaupten, dass das Bankgeheimnis die Privatsphäre schütze.

Hoppla, wie ist das zu verstehen?

Anders als die Gesundheit ist Geld nicht ein so wichtiger Teil der Privatsphäre. Die Steuerbehörde ist an ein Amtsgeheimnis gebunden. Sie darf den Medien keine Auskunft geben. Ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn Journalisten Informationen über mein Vermögen erhalten. Aber warum der Fiskus diese Informationen nicht erhalten soll, leuchtet mir nicht ein. Der einzige Grund dafür ist Steuerhinterziehung.

Es heisst doch immer, wie viel Vertrauen der Schweizer Staat seinen Bürgern schenkt.

Blödsinn. Bei jeder Durchsuchung, die ich als Staatsanwalt gemacht habe, bin ich auf Schwarzgeld gestossen, bei jeder.

Sie haben ja auch gegen die Geldwäscherei gekämpft...

... nicht allein, wir waren eine kleine Gruppe von Staatsanwälten, die in den 80er-Jahren härtere Massnahmen gegen die Geldwäscherei forderten. Damals wurden wir als Feinde des Finanzplatzes verschrien. Als diese Massnahmen endlich in Kraft traten, haben die Banker, die diese Massnahmen 20 Jahre lang bekämpft hatten, sich plötzlich damit gebrüstet.

Könnte man diese Massnahmen auch auf das Steuerproblem übertragen? Könnte man das schwarze Geld genauso bekämpfen wie das schmutzige?

Ja, wir sind sogar gezwungen, das zu machen. Sonst werden die Datenklaufälle zunehmen.

Wie ist das zu verstehen?

Ich bin überzeugt, die gestohlene CD in Liechtenstein war auch als Warnung an die Schweiz gedacht. Auch die Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug versteht niemand. Jetzt bahnt sich eine groteske Entwicklung an: Bald bekommt etwa das Steueramt in Lörrach von Schweizer Banken Daten, die dem Fiskus in Basel verwehrt bleiben.

Was halten Sie vom Datenklau der Deutschen?

die Position des Gegenspielers versetzen. Und die internationale Politik ist heute nichts anderes als ein grosses Schach. Wenn wir nicht merken, was die anderen wollen, dann verlieren wir.

Jetzt bahnt sich ein neuer Streit mit den USA an. Der Staatsvertrag soll wieder annulliert werden. Können wir uns das leisten?

Trotzreaktionen sind selten gut. Aber ich habe auch Mühe mit diesem Vertrag. Ich weiss noch nicht, wie ich stimmen werde.

Sie haben sich als Staatsanwalt jahrzehntelang mit Wirtschaftsverbrechen herumgeschlagen. Was meinen Sie, wenn die Zürcher Staatsanwaltschaft jetzt sagt, man könne gegen das ehemalige UBS-Management strafrechtlich nicht vorgehen?

Ich kann das nicht verstehen. Vielleicht fühlt sich die Justiz zu schwach, um gegen die ganz grossen Fische vorzugehen. Es ist ja viel einfacher, gegen einen Ladendieb oder einen kriminellen Ausländer anzutreten, als gegen die Grossbanken. Justiz und Polizei sind nicht dafür ausgerüstet, und häufig fehlt ihnen dazu auch der Mut.

Die heutigen Staatsanwälte machen geltend, es gäbe keine rechtliche Grundlage dafür.

Was das alte UBS-Management gemacht hat, ist strafrechtlich relevant. Es ist Untreue, und zwar was die Steuersache wie auch die mangelnde Vorsicht bei den Investitionen in den Hypothekenmarkt in den USA betrifft. Dass diese Leute jetzt noch weiss gewaschen und mit Millionen abgefunden werden sollen, finde ich schockierend. Die Menschen verstehen das nicht mehr. Und was für Vorbilder offerieren wir damit der Jugend?

Die UBS-Affäre hat auch politische Konsequenzen. Die SVP will zurück ins Reduit. Was halten Sie davon?

Das ist absurd. Wir sind ein Exportland, der Erfolg unserer Wirtschaft und unser Wohlstand sind eine Folge der Globalisierung.

Die SVP will die Schengenverträge rückgängig machen.

Das ist noch absurder. Dank dieser Verträge haben wir sehr grosse Erfolge im Kampf gegen die Kriminalität.

Was für einen Weg muss die Schweiz einschlagen?

Nach dem Fall der Berliner Mauer haben wir unseren Kompass verloren, und wir haben immer noch ein bisschen Orientierungsprobleme. Plötzlich gibt es viele neue Akteure auf der wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken. Unsere einzige Chance ist Europa.

Heisst das ein EU-Beitritt?

Ja, und ich glaube, mit der Schweiz wird mit der EU das gleiche passieren wie mit dem Musterabkommen der OECD: Zuerst verweigern wir uns jahrelang – und dann unterschreiben wir über Nacht. Plötzlich werden wir merken: Wir müssen jetzt ganz dringend nach Europa, sonst wird es ganz eng für unsere Wirtschaft. Die Wirtschaft wird das verlangen, genau wie die Banken jetzt ja auch eine OECDWeissgeldstrategie verlangten.

Was, wenn es die EU dann nicht mehr gibt? Sie steckt ja derzeit wieder einmal im Schlamassel.

Wenn wir sehen, dass es Europa schlecht geht, verhalten wir uns wie Hunde, die eine Wurst sehen: Wir wedeln freudig mit dem Schwanz. Als ob wir keine Krisen hätten. Die europäische Bewegung lässt sich nicht mehr aufhalten.

10/52 11/52

Ich glaube deshalb, dass unsere Zukunft in Europa sein wird.

Verlieren wir als kleines Land dabei nicht unsere Identität?

Warum? Auch in der EU ist Italien Italien geblieben, Frankreich Frankreich und Deutschland Deutschland.

Dick Marty (65) hat Rechtswissenschaften an der Universität Neuenburg studiert. 1975 wurde er Staatsanwalt im Tessin, 1989 wurde er in den Regierungsrat gewählt. Inzwischen vertritt er das Tessin im Ständerat und ist Abgeordneter des Europarats. Marty wurde als Politiker mehrmals ausgezeichnet: 2007 gewann er den Swiss- Award und den Menschenrechtspreis. Er ist verheiratet und hat drei Töchter.